

## **MEDIENKONFERENZ VOM 15. APRIL 2020**

---

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Corona-Krise und Arbeitnehmende

### **Der Virus wird die Welt nicht besser machen, solidarisches und vernünftiges Handeln vielleicht schon**

So viel Ungleichheit hatte sich angehäuft, dass ein Virus, über den man noch kaum etwas weiss, mehr als genug war, um diese Krise auszulösen. Eine Krise, die einige Leute erwartet, manche gar erhofft haben. Sie trifft uns beispiellos in ihrer Brutalität und ihrem Umfang. Alle träumen davon, dass der Virus, nachdem seine Zerstörung entfesselt wurde, wieder eine Welt frei von den Ungleichheiten der Vergangenheit errichten wird. Aber im wahren Leben ist ein wirtschaftlicher Zusammenbruch nichts als ein wirtschaftlicher Zusammenbruch mit all der Arbeitslosigkeit, dem Elend und der Not, die mit ihm einhergehen. Nur unser Handeln, von Männern und Frauen, wird entscheiden, wie es weitergeht. Die SGB-Gewerkschaften kämpfen seit Wochen dafür, dass Vernunft und soziale Gerechtigkeit unsere Waffen im Widerstand gegen die Krise und unsere Werkzeuge für den Wiederaufbau sein mögen. In der nun eröffneten Debatte über die Strategie zur Wiederaufnahme der Tätigkeit sind es diese Prinzipien, die wir heute präsentieren mit einfachen Forderungen, die schnell umgesetzt werden müssen.

Wir bereiten auch Vorschläge für eine Strategie vor, um die mittelfristigen Folgen dieser Krise zu bekämpfen und werden diese zu gegebener Zeit vorlegen.

### **Unser Engagement für einen wirtschaftlichen Notfallplan und eine kohärente Gesundheitsstrategie**

Wir haben von Anfang an einen Runden Tisch zu den Sofortmassnahmen zum Schutz von Löhnen und Arbeitsplätzen gefordert. Wir haben Vorschläge zur Ausweitung der Kurzarbeit, zur Entwicklung einer Lohnausfallversicherung für Eltern von Kindern ohne Kinderbetreuungs- und Schuleinrichtungen (Elternurlaub) und für Selbständige vorgelegt. Der Bundesrat hat fast alle unsere Vorschläge aufgegriffen. Weiter hat er Vorkehrungen getroffen, um den Unternehmen Liquidität zu garantieren.

Zu den Massnahmen zur Eindämmung der Epidemie haben wir bewusst keine Stellung genommen. Wir haben Vertrauen in den Bundesrat und die Fachleute. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht mehr logisch denken könnten. Und wir stellen fest, dass es eine inakzeptable Inkohärenz gibt, im Diskurs und in den getroffenen Massnahmen, zwischen dem, was im Zivil- und Privatleben und dem, was an den Arbeitsplätzen gilt. Letztere sind der Übertragung des Virus nicht weniger

förderlich als öffentliche Orte. Weder die Blaumänner, noch die weissen Kittel des Pflegepersonals und auch nicht die gute Laune der Verkäuferinnen helfen auch nur eine Ansteckung zu verhindern. Und dennoch bleiben die Arbeitswelt und ihre Realitäten ein blinder Fleck bei den Behörden und Experten, die sich unablässig äussern.

Am 20. März verschlimmerte der Bundesrat die Lage noch, indem er die Gültigkeit des Arbeitsgesetzes für das Spitalpersonal aussetzte. In diesem Punkt schlugen alle Personalorganisationen, die Vertretung der Assistenzärzte und der Krankenschwestern, zusammen mit den Gewerkschaften VPOD, Syna und dem SGB eine pragmatische Lösung vor, die den gesetzlichen Schutz des Krankenhauspersonals wahrt. Wir erwarten, dass der Bundesrat diese Lösung aufgreift und dem Ausnahmerecht, das eine Wochenarbeitszeit von mehr als 60 Stunden in Hochrisikobetrieben toleriert, ein Ende setzt. Solange dies nicht geschehen ist, klingen die offiziellen Anerkennungsbestätigungen hohl.

Diese Inkohärenz ist besonders schwerwiegend für gefährdete Mitarbeitende, für die das Virus eine potenziell tödliche Gefahr darstellt. Dass diese Menschen laut den offiziellen Verlautbarungen unbedingt zu Hause bleiben müssen und ihre Angehörigen nicht mehr sehen dürfen, aber gleichzeitig gezwungen sind, weiterhin ausserhalb des Hauses zu arbeiten und sich dafür auf den Arbeitsweg begeben müssen: Dieser Widerspruch ist unerträglich. Wir sind offen für eine genauere Definition der Risikokriterien und für finanzielle Unterstützung der Arbeitgeber, aber wir wollen eine schnelle Lösung. Welche Strategie der Bundesrat auch immer verfolgt, die wenigen Personengruppen, für welche diese Krankheit tatsächlich ein tödliches Risiko darstellt, müssen die Möglichkeit haben, sich zurückzuziehen, wenn sie und ihre Ärzte dies für notwendig erachten, wobei ihr Arbeitsplatz und ihr Lohn garantiert werden müssen.

### **Drei Forderungen für eine wünschenswerte Wiederaufnahme der Tätigkeit**

#### *1) Ein Respekt für die Menschen an der Front, in Taten und nicht nur in Worten*

Unsere Mitglieder sind die ersten, die unter den Folgen der Einstellung bestimmter wirtschaftlicher und ziviler Aktivitäten zu leiden haben. Sobald es aus Sicht der öffentlichen Gesundheit möglich ist, möchten wir, dass die Aktivitäten wieder aufgenommen und die Freiheiten wiederhergestellt werden. Aber wir wollen nicht zwei Geschwindigkeiten bei der Gesundheitssicherheit: Auf der einen Seite einige in der Sicherheit des Homeoffices und auf der anderen Seite diejenigen, die Angst davor haben müssen, wegen ihrer Arbeit sterben zu müssen, weil sie Arbeiter oder Pflegende sind und an einer Risikoerkrankung leiden.

In diesem Sinne fordern wir, dass sich die Kontrollorgane des Staates nicht nur aufs Zivilleben beschränken sollen. Diejenigen, ob jung oder alt, die ein bisschen frische Luft schnappen wollen, zumal wenn sie in kleine Wohnungen ohne Garten oder Balkon eingezwängt sind, sollten nicht mehr Angst vor Sanktionen haben müssen, als Arbeitgeber, welche die elementarsten Vorsichts- und Schutzmassnahmen für ihre Angestellten ignorieren. Deshalb fordern wir eine massive Aufstockung der für die Arbeitsinspektionen zur Verfügung gestellten Mittel und die Berücksichtigung der aktuellen gesundheitspolitischen Erfordernisse in den Vertragsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsakteuren.

## *2) Eine von tripartiten Strukturen abgestützte Wiederaufnahme*

Seit Beginn dieser Krise stehen wir in ständigem Kontakt mit den Arbeitgeberverbänden und den Behörden. Wir bringen Vorschläge ein und vermitteln, was vor Ort geschieht, was denjenigen, die entscheiden, nicht immer zwingend bekannt sein kann. Deshalb braucht es eine flexible tripartite Organisation, sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene, zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, welche die Wiederaufnahme der Tätigkeit begleiten kann.

## *3) Eine rasche und unbürokratische Stützung der Kaufkraft*

Schliesslich braucht es für eine Wiederaufnahme der Tätigkeit, zumindest im Inland, etwas weniger Angst, etwas mehr Vertrauen und einen einfachen und schnellen Ausgleich des massiven Kaufkraftverlusts, den die Bevölkerung erlitten hat. Die Schweiz, ihre Nationalbank, ihre öffentlichen Einrichtungen und ihre Sozialversicherungen sind stark genug, um die Löhne zu garantieren und Entlassungen zu vermeiden. Es ist heute schlicht unvorstellbar, dass die Kosten der Krise von den Arbeitnehmenden getragen werden, und dass wir einem neuerlichen Anwachsen der Ungleichheiten beiwohnen sollen. Der Aufrechterhaltung des Einkommensniveaus muss daher erste Priorität zukommen, durch einen 100prozentigen Lohnersatz zumindest für die niedrigsten Löhne und durch gezielte Erleichterungen bei den Krankenkassenprämien. Gleichzeitig müssen die durch Kurzarbeit unterstützten Unternehmen auf Entlassungen und Dividendenzahlungen verzichten.

Der Virus allein wird die Welt nicht besser machen. Er hat aber dennoch zu unzähligen Solidaritätsbekundungen auf allen Ebenen geführt, von der lokalen bis zur nationalen. Denjenigen, die in diesen unruhigen Zeiten wissen wollen, was für das Leben einer Gesellschaft wesentlich ist, können wir heute noch einleuchtender als in der Vergangenheit antworten: Es ist nichts anderes als die Solidarität.